

Stadt Hilden

Niederschrift

über die 11. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz am Donnerstag, 25.05.2023 Stadtwaldspaziergang (Treffpunkt 16:00 Uhr am Waldbad) anschließend 18:00 Uhr im Bürgersaal

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Klaus-Dieter Bartel Bündnis 90/Die Grünen

stell. Vorsitz

Herr Kevin Peter Schneider CDU ab 18:00 Uhr

Ratsmitglieder

Herr Christian Gartmann CDU
Herr Matthias Schumann CDU ab 18:00 Uhr

Frau Sandra Kathrin Wiemers CDU
Herr Reinhard Zenker CDU
Frau Kimberly Lynn Bauer SPD ab 18:00 Uhr

Frau Hannah Hammer SPD
Frau Henrike Lindenberg SPD
Herr Carsten Wannhof SPD
Frau Helen Kehmeier Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dorothea Spielmann-Locks BÜRGERAKTION

Sachkundige Bürger/innen

Herr Peter Münnich Bündnis 90/Die Grünen 16:00 - 18:00 Uhr
Frau Susanne Vogel Bündnis 90/Die Grünen ab 18:00 Uhr
Herr Luca Gerbl FDP
Frau Sibylle Owsianowski AfD
Frau Birgit Behner Allianz für Hilden 16:00 - 18:00
Frau Heike Richarz Allianz für Hilden ab 18:00 Uhr

Von der Verwaltung

Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger Stadt Hilden
Frau Lara Desiré Müller Klimaschutzbeauftragte
Herr Peter Palitza Stadt Hilden
Frau Sabine Waiss

Herr Uwe Schielke

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Stadtwaldspaziergang (Treffpunkt 16:00 Uhr am Waldbad) anschließend 18:00 Uhr im Bürgersaal

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- | | | |
|---|--|-----------------------|
| 1 | Befangenheitserklärungen | |
| 2 | Beschlusskontrolle der Beschlüsse des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz, Stand April 2023 | WP 20-25 SV
26/038 |
| 3 | PV-Anlagen auf städtischen Dächern | WP 20-25 SV
26/037 |
| 4 | Beschlussfassung über ein Konzept zur Anlage einer Streuobstwiese zwischen Hofstraße und Eisenbahn | WP 20-25 SV
61/113 |
| 5 | Neue Abfallbehälter an viel genutzten Hundeausführstrecken | WP 20-25 SV
68/033 |
| 6 | Ergebnis der Tourdatenanalyse für die Beschaffung eines neuen Müllsammelfahrzeuges; Grundsatzbeschluss für vergleichbare Fahrzeugbeschaffungen | WP 20-25 SV
68/032 |
| 7 | Entwicklung einer Klimaschutz- und Klimaneutralitätsstrategie für Hilden | WP 20-25 SV
IV/024 |
| 8 | Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen | |
| 9 | Entgegennahme von Anfragen und Anträgen | |

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Stadtwaldspaziergang (Treffpunkt 16:00 Uhr am Waldbad) anschließend 18:00 Uhr im Bürgersaal

Der Ausschussvorsitzende Herr Bartel begrüßte die Anwesenden und stellte Herrn Dennis Anders als Förster vor. Dieser führte die anwesenden Ausschussmitglieder sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger durch den Stadtwald und erläuterte Maßnahmen, die seitens des Forstbetriebes der Stadt Hilfen zum Schutz des Waldes durchgeführt werden. Fragen seitens der Teilnehmenden wurden ausführlich beantwortet. Der Ausschussvorsitzende Herr Bartel dankte Herrn Anders nach Abschluss der Führung für die Erläuterungen.

Änderungen zur Tagesordnung

Keine.

Einwohnerfragestunde

In der Einwohnerfragestunde fragte Herr H., warum das Klimaanpassungskonzept 2010/2011 nicht beschlossen worden sei und welche Maßnahmen ggfs. dennoch umgesetzt worden seien.

Herr Bartel antwortete, dass es Entscheidungen des Rates zu jedem Vorschlag gegeben habe, die aber jeweils keine Mehrheit gefunden hatten. Umgesetzt wurden zwischenzeitlich die Fahrradabstellanlage Schützenstraße und mit erheblichen Zeitverzug die Einrichtung einer Stelle Klimamanagement.

1 Befangenheitserklärungen

Keine.

2 Beschlusskontrolle der Beschlüsse des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz, Stand April 2023 WP 20-25 SV 26/038

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz nahm ohne Diskussion oder Nachfragen den Sachstandsbericht über die Umsetzung politisch initiierten Beschlüsse sowie Beschlüsse zu Anregungen gemäß § 24 GO seines Ausschusses zur Kenntnis.

Herr Palitza stellte die Mitteilungsvorlage für die Verwaltung vor und verwies darauf, dass die Planung und Realisierung der ersten Anlagen in diesem Jahr starten soll.

Die CDU bat darum, die PV-Anlagen in der KiTa Kunterbunt und am Breddert 2 nicht zu realisieren, da diese Anlagen in der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung mit einem negativen Ergebnis abgeschlossen hatten. Darüber hinaus seien nicht alle Liegenschaften untersucht.

Herr Palitza erläuterte, dass zunächst die Dächer untersucht worden sind, die im Gutachten 2010 Potential aufgewiesen hatten. Beispielweise fehlten auch noch die großen Schulen und das Rathaus. Parallel zur Realisierung der ersten Anlagen werden die Untersuchungen an anderen Liegenschaften weitergeführt und mit der NEH die Maßnahmenliste angepasst.

Die BA begrüßte den Sachstandsbericht und die PV-Anlagen und fragte nach, warum die Sporthalle Hofeldstraße mit aufgeführt sei, da doch die SHB hier zuständig sei. Darüber hinaus fragte die BA nach, ob die Machbarkeitsstudie Furtwängler Str. mit möglicher Verlagerung des Sportplatzes Hoffeldstr. Auswirkungen auf die Sporthalle habe.

Herr Palitza führte aus, dass die SHB zwar zuständig sei, die Stadt hier jedoch für die SHB tätig sei. Die vertragliche Konstruktion müsse jedoch im weiteren Verlauf die Eigentumsverhältnisse berücksichtigen. Herr Stuhlträger ergänzte, dass die Sporthalle Hoffeldstraße unabhängig von der Machbarkeitsstudie in jedem Fall erhalten bleibe.

Bündnis 90 / Die Grünen erkundigten sich, ob die Kapazitätsgrenze bei 3 bis 4 Anlagen im Jahr liege oder ob auch mehr Anlagen errichtet werden können.

Herr Palitza betonte, dass die Planung und Umsetzung jetzt starte. Alle Beteiligten hätten das Ziel mehr Anlagen umzusetzen; zunächst müssten aber die Erfahrungen gesammelt und die Entwicklung abgewartet werden.

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz nahm den Sachstandsbericht über die Errichtung von PV-Anlagen auf Dächern von Gebäuden der Stadt Hilden zur Kenntnis.

Die CDU begrüßte den Beschlussvorschlag und freut sich, dass die Idee endlich zur Umsetzung komme. Dem schloss sich die SPD an und dankte den Beteiligten, insbesondere dem NaBu, für die erfreuliche Sitzungsvorlage.

Die AfD fragte nach, wie die Sammlung der Spenden funktionieren solle.

Herr Stuhlträger antwortete für die Verwaltung, dass ein Spendenkonto eingerichtet werde, das u.a. über die Internetseite der Seite beworben würde. Dort könnten auch die Spender genannt werden, wenn diese einverstanden seien.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Umwelt- und Klimaschutz Ausschuss das Konzept zur Anlage und Unterhaltung einer Streuobstwiese in einem Bereich zwischen der Hofstraße und der Eisenbahntrasse.

Gemäß diesem Konzept wird eine Streuobstwiese mit ca. 50 Bäumen angelegt, die gleichzeitig zur Einbringung von Mähgut dient.

Die Beschaffung der Bäume soll durch Spendengelder aus der Öffentlichkeit finanziert werden. Die Erstanpflanzung und weitere Pflege wird vom landwirtschaftlichen Pächter und dem NABU übernommen und vertraglich gesichert. Der interessierten Öffentlichkeit wird die Möglichkeit zur Mitwirkung gegeben.

Die Umsetzung ist spätestens im Herbst 2024 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

5 Neue Abfallbehälter an viel genutzten Hundeausführstrecken

WP 20-25 SV 68/033

Die FDP begrüßte die Sitzungsvorlage und dankte der Verwaltung. Dabei warb die FDP um Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Die CDU regte an, aufgrund von Vandalismus die Müllbehälter im Wendehammer des Parkplatzes Waldbad zu ersetzen und mit der Stadt Solingen zu klären, ob die Stadt Hilden gegenüber dem Südfriedhof auf Solinger Stadtgebiet Müllbehälter aufstellen und unterhalten (d.h. leeren) könne. Darüber hinaus sei der Müllbehälter an der Post im Bereich St.-Konrad-Allee / Kölner Straße immer voll. Es wurde ein neuer Mülleimer im Bereich St.-Konrad-Allee / Am Steg vorgeschlagen.

Die BA merkte an, dass zwar 8 Mülleimer im Hilden-Süd erwähnt, aber in der Karte nicht komplett dargestellt seien.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beauftragt die Verwaltung an den in der Anlage 2 der Sitzungsvorlage benannten insgesamt 15 Standorten, welche viel genutzte Hundeausführstrecken sind, zusätzliche Mülleimer aufzustellen und zu unterhalten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

6 Ergebnis der Tourdatenanalyse für die Beschaffung eines neuen Müllsammelfahrzeuges; Grundsatzbeschluss für vergleichbare Fahrzeugbeschaffungen

WP 20-25 SV 68/032

Bündnis90 / Die Grünen dankten für die Sitzungsvorlage und erinnerten daran, dass vor 2 Jahren die ersten Diskussionen zu dem Thema geführt worden seien. Seitdem sei eine positive Entwicklung eingetreten. Die Fraktion warb um Zustimmung zum Beschlussvorschlag und dafür, die Fahrzeugflotte auf Elet-roantriebe umzustellen.

Auch die CDU sprach sich für die Anschaffung von Abfallsammelfahrzeuge mit elektrischen Antrieb aus und kündigte an, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen. Zusätzlich brachte die Fraktion einen Antrag ein, übergangsweise synthetischen Diesel zu nutzen.

Die BA zeigte sich mit den Aussagen in der Sitzungsvorlage nicht zufrieden und stellte folgende Fragen:

1. Inwieweit ist das "Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetz vom 9. Juni 2021 (BGBl. I S. 1691)" ein SOLL-, KANN- oder MUSS-Gesetz?

2. Müssen nach dem Gesetz zwangsweise E-Nutzfahrzeuge angeschafft werden oder bestünde auch die Möglichkeit Nutzfahrzeuge (Euro 5 und Euro 6) mit einem Verbrennungsmotor, der weniger als 1 g CO₂/km in der jeweils gültigen Fassung ausstößt, anzuschaffen?

3. In der Beschlussvorlage heißt es: „... dass grundsätzlich vollelektrische Fahrzeuge bei Ersatzbeschaffungen der Abfallbeseitigung, bei denen alternative Antriebe berücksichtigt werden können (Kann-Gesetz), vorrangig zu beschaffen sind...“

Bei zwei Begriffen „grundsätzlich“ und „vorrangig“ ist zu interpretieren, dass es auch AUSNAHMEN gibt bei Ersatzbeschaffungen der Abfallbeseitigung.

Inwieweit ist das zutreffend / richtig?

4. Die Restmüll-Gebühren steigen bei einer Anschaffung eines E-Müllautos um 21,32% -33,82% / die Gebühren für Biomüll um 30% - 40%.

Was geschieht mit den Müllgebühren, wenn ein zweites E-Müllauto zur Anschaffung kommt? Inwieweit steigen die Gebühren dann wieder so exorbitant?

5. Wie ist eine derartige Erhöhung der Müllgebühren in der heutigen Zeit der Bevölkerung zu vermitteln?

6. Die Stromkosten und Unterhaltskosten für das E-Müllauto sind in ihrer Entwicklung laut Sitzungsvorlage nicht zu prognostizieren.

Was geschieht, wenn durch hohe Stromkosten eine noch höhere prozentuale Steigerung der Gebühren für Rest-bzw. Biomüll zu erwarten ist?

7. In der Sitzungsvorlage (S.5) heißt es:

„Auswirkungen konnten teilweise ermittelt werden, teilweise erfolgt eine Schätzung, teilweise sind finanzielle Änderungen unberücksichtigt geblieben, weil sich keine relevanten Auswirkungen auf die Abfallbeseitigungsgebühren ergeben bzw. die Aufwendungen aktuell überhaupt nicht geschätzt werden können.“

Wie solide und valide sind denn insgesamt die Berechnungen der künftigen Gebühren, die in der Tabelle auf der letzten Seite der SV nachzulesen sind?

Herr Stuhlträger beantwortete die Fragen für die Verwaltung.

Da die Antworten für die BA nicht umfassend genug waren, war die Sitzungsvorlage in der vorliegenden Version für die Bürgeraktion nicht entscheidungsfähig. Die BA stellte einen Vertagungsantrag mit folgendem Inhalt: „Auf dem Gelände des Zentralen Bauhofes soll die Strom-Infrastruktur, also die Ertüchtigung des Stromnetzes, begonnen werden, die Ausschreibung für die Anschaffung eines E-Müllsammelfahrzeuges aber nicht zeitgleich erfolgen.“

Der Vertagungsantrag der BA wurde nach formaler Gegenrede der SPD gegen 2 Stimmen von BA und AfD mehrheitlich abgelehnt.

Daraufhin erklärte die BA, dass die Sitzungsvorlage für die BA weiterhin nicht beschlussfähig sei. An der folgenden Abstimmung zum Beschlussvorschlag nahm die BA deshalb nicht teil.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatungen im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz und im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen, dass grundsätzlich vollelektrische Fahrzeuge bei Ersatzbeschaffungen der Abfallbeseitigung, bei denen alternative Antriebe berücksichtigt werden können, vorrangig zu beschaffen sind. Erstmals erfolgt dies bei der Ersatzbeschaffung eines Müllsammelfahrzeuges mit der Investitionsnummer IO68260028.

Der Beschluss ist unabhängig von einer Förderfähigkeit, sofern eine Finanzierung über den Haushalt etatisiert ist.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei einer Nein-Stimme der Fraktion AfD ohne Beteiligung der Fraktion BÜRGERAKTION.

Herr Stuhlträger stellte für die Verwaltung die Sitzungsvorlage kurz vor.

Die SPD begrüßte, dass eine Kommunikationsstrategie erstellt werden soll. Bisher habe sich die Stadt zu sehr im Klein-Klein bewegt, stattdessen wünsche sich die SPD einen „großen Wurf“.

In Richtung der SPD wiesen Bündnis90 / Die Grünen darauf hin, dass diese 200.000 Euro für grün-blaue-Infrastruktur nicht bewilligt habe. Die Fraktion erläuterte, dass sie dem Beschlussvorschlag zustimmen werde, damit die Klimamanagerin die notwendige Unterstützung erhalte. Das Geld solle nicht die Diskussion bestimmen.

Die CDU fragte nach, ob derzeit die THG-Bilanz erstellt würde und ob eine Software zur einfachen Darstellung der Daten im Einsatz sei. Dies bejahte Frau Müller für die Verwaltung hinsichtlich der THG-Bilanz. Eine Präsentationssoftware werde noch nicht eingesetzt. Dies sei jedoch zur Visualisierung sowie zum Monitoring und Controlling für die Maßnahmen in Planung.

Die CDU wies darauf hin, dass der Nutzen hier nicht im Verhältnis zu den Kosten stehe, weil schon viele Maßnahmen zum Klimaschutz umgesetzt werden.

Frau Müller erläuterte, dass sowohl Strategie als auch Konzept bereits vorhanden seien, es fehle jedoch die erforderliche Kommunikation. Diese sei mit einem positiven Beschluss zu erreichen.

Die BA empfindet die Erläuterungen als verwirrend, begrüßt aber das Konzept und hält die Kosten für verhältnismäßig gering. Die CDU entgegnete, dass die Kosten aus der Sitzungsvorlage nicht klar erkennbar seien.

Herr Stuhlträger erläuterte daraufhin nochmals das Konzept und die Kosten und stellte die Tätigkeitsschwerpunkte der Klimamanagerin dar.

Bündnis 90 / Die Grünen zeigten sich erschüttert über die CDU und wiesen darauf hin, dass Klimaschutz eben Geld koste.

Die BA erläuterte, dass sie den Beschlussvorschlag unterstützen werde, da es wichtig sei, die Bürger beim Thema Klimaschutz mitzunehmen und die Maßnahmen zu kommunizieren.

Die CDU stellte in Frage, dass das Konzept einer externen Firma der richtige Weg sei. Vielmehr wolle man konkrete Maßnahmen finanzieren.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt:

1. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für das Projekt „Klimaschutz- und Klimaneutralitätsstrategie für Hilden“ im Entwurf des Haushalts für das Jahr 2024 im Produkt 140102 „Klimaschutz und Klimafolgenanpassung“ für sonstige Sach- und Dienstleistungen im Jahr 2024 und 2025 die Haushaltsansätze um 21.000 Euro und um 10.000 Euro erhöht werden.
2. Der Rat der Stadt Hilden beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung einer individuellen Klimastrategie mit dem Ziel, die Treibhausgasneutralität bis 2035 zu erreichen. Hierzu wird in 2023 ein Vergabeverfahren begonnen, um einen externen Dienstleister mit der konzeptionellen Begleitung zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen mit 8 Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und BA gegen 7 Nein-Stimmen von CDU, FDP und AfD.

8 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Für die Verwaltung teilte Herr Palitza dem Ausschuss die Ergebnisse der Energiesparmaßnahmen im vergangenen Jahr mit.

Demnach hatte die Stadt Hilden (genauer: die Gebäude der Stadt Hilden inkl. SHB) in 2022 insgesamt einen Gasverbrauch in Höhe 9.651.759 kWh. Gegenüber 2021 (15.353.924 kWh) ergibt sich eine reale Einsparung von 5.702.165 kWh (37%).

Um Energieverbräuche vergleichbar zu machen, veröffentlicht der Deutsche Wetterdienst (DWD) jeweils für 12-Monatsperioden einen sogenannten Klimafaktor (KF). Dieser berücksichtigt temperaturbedingte Einflüsse und wird seitens des DWD für jedes Postleitzahlgebiet gesondert berechnet. Unter Berücksichtigung des Klimafaktors für Hilden ergibt sich eine temperaturbereinigte Einsparung von 27%, da 2022 grundsätzlich wärmer als 2021 war.

Herr Palitza dankte den Mitarbeitenden in der Verwaltung für ihre Unterstützung und insbesondere den Kolleginnen und Kollegen im Gebäudemanagement für die Kreativität und das Engagement bei der Erarbeitung und Umsetzung der Maßnahmen.

Herr Palitza informierte zum Thema nachhaltiges Bauen, dass Herr Kottenstein als Mitarbeiter im Gebäudemanagement eine Fortbildung bei der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) besucht hat. Er wurde nach erfolgreicher Prüfung zum DGNB Registered Professional zertifiziert.

Die Zertifizierung zum DGNB Registered Professional ist eine wichtige Qualifikation für Fachleute, die im Bereich nachhaltiges Bauen tätig sind. Sie zeigt, dass der Fachmann oder die Fachfrau über umfassende Kenntnisse in diesem Bereich verfügt und in der Lage ist, nachhaltige Bauvorhaben erfolgreich umzusetzen. Herr Kottenstein wird im Amt für Gebäudewirtschaft seine zusätzlich erworbene Qualifikation in die kommenden Bau- und Sanierungsprojekte einbringen.

9 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Die CDU stellte einen Antrag zum Thema „Verwendung von synthetischem Diesel bei städtischen Fahrzeugen“:

„Die CDU-Fraktion beantragt am Bauhof der Stadt Hilden eine Tankstelle für synthetischen Dieselmotorenstoff zu errichten.“

Bündnis90 / Die Grünen stellten eine Anfrage zum Thema: „Neuaufstellung Forstbetriebswerk“:

„Im Haushaltsplan 2023 wird im Produkt 130303 Wald und-Forstwirtschaft auf ein Forstbetriebswerk von 2011 mit Planungszeitraum bis 2020 hingewiesen (Druckseite 526). Dieses legt fest, wieviel Festmeter Holz im Jahr im Stadtwald gefällt werden dürfen, damit nicht mehr Bäume entnommen werden als nachwachsen. Zwar wird darauf hingewiesen, dass die Festmeter Holz jährlich neu berechnet werden, jedoch kann davon ausgegangen werden, dass den Berechnungen vor 12 Jahren andere Rahmendaten zur Berechnung zur Verfügung standen als es heute der Fall wäre.“

Wir bitten um Beantwortung folgender Fragen:

1. Finden neue Rahmendaten wie z.B. weniger Grundwasser, mehr Hitze und Trockenheit oder auch politische Entschlüsse wie das Pariser Abkommen, Klimaschutzgesetze etc. Einzug in die jährliche Neuberechnung?
2. Wird der geplante Holzschlag im Laufe des Jahres reduziert, wenn mehr Bäume, als berechnet aus anderen Gründen als der Forstwirtschaft entnommen werden?
3. Wann wird mit einem neuen Forstbetriebswerk zu rechnen sein?“

Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

Klaus-Dieter Bartel / Datum
Vorsitzender

Peter Palitza / Datum
Schriftführer

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum
Bürgermeister

Peter Stuhlträger / Datum
Beigeordneter